

THEMA

REGARDS

PFLANZENSCHUTZMITTEL

Cocktail zum Frühlingsstart

María Elorza Saralegui

Die Debatte um pestizidbelastete Äpfel sorgte für Wirbel. Obwohl auch weitere Lebensmittel belastet sind, gibt es Hoffnung: Der Einsatz von Pestiziden, die schwerwiegende Folgen auf die menschliche Gesundheit haben können, verringert sich allmählich.

Frank Adams schätzt sich glücklich: Noch entdeckt er hier und da eine Raupe des Schwalbenschwanz in seinem Gemüsebeet, wie sie an den Möhrenblättern knabbert. Der Schmetterling wird oft als Schädling betrachtet. Für den Gärtner, der in den Organisationen „Seed“ und „Biovereinigung“ tätig ist, ist der Bestäuber jedes Mal aufs neue eine Bestätigung, dass eine erfolgreiche Ernte frei von schädlichen Pflanzenschutzmitteln möglich ist. „Hört man auf, Pestizide zu nutzen, vermehren sich die Schädlinge entgegen der landläufigen Meinung nicht, weil die Pflanzen nach und nach gesünder werden, auch durch einen guten Kompost, und sich besser verteidigen können“, sagt Adams am

vergangenen Dienstag. Zusammen mit Vertreter*innen aus der „Umweltberodung“, der „Bio-Vereinigung“, der Universität Luxemburg und der „Superdreckschächt“ stellte er im Rahmen der Kampagne „Ouni Pestiziden“ auf einem Kolloquium Alternativen für den konventionellen Anbau vor.

Sowohl Kolloquium als auch Kampagne, die bis zum 30. März läuft, sind dabei zeitlich passend. Nicht nur, dass in den vergangenen Monaten eine Analyse des Pesticide Action Network (Pan Europe) und Mouvement écologique (Méco) zur Pestizidbelastung in Äpfeln einen Nerv traf (woxx 1874, „Zankapfel Pestizidbelastung: Gefundenes Fressen“). Auf den Feldern und den Gärten ist der Frühling die Jahreszeit, in der besonders oft Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen. Weltweit ist deren Nutzung in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen: „Seit den 1990er-Jahren hat sich der Einsatz von Pestiziden auf über 4 Millionen Tonnen pro Jahr verdoppelt“, so Adams auf dem Kolloquium. Die Substanzen schaden oft ganzen Ökosystemen. Ihnen fallen nicht nur vermeintliche Schädlinge, sondern auch für Nahrungsketten unersetzliche Lebewesen direkt oder indirekt zum Opfer. Statt einer Verschärfung der Zulassungen, wie Umweltschutz-NGOs es fordern, sieht ein Gesetzesentwurf der EU-Kommission aber eine Deregulierung vor, die es den Staaten erschweren könnte, die schädlichen Mittel vom Markt zu nehmen (siehe Kasten).

Risikofaktor für Parkinson

Immer mehr Studien belegen zudem die Gefahren von Pestiziden für die menschliche Gesundheit. Rejko Krüger, Professor für Neurowissenschaften an der luxemburgischen Universität, spricht am Dienstagabend von einer „umweltbedingten Exposition“, die als „Risikofaktor für neurodegenerative Erkrankungen“ wahrgenommen werden müsste. Hierzu zählen Faktoren wie Luftverschmutzung, chemische Reinigungsprodukte und Pflanzenschutzmittel – alle können sie das Risiko für bestimmte Krankheiten erhöhen, angefangen mit chronischen Hauterkrankungen, Missbildungen bei Neugeborenen bis hin zu „Krebs, Demenz oder Parkinson“, zählt Krüger auf. Der Mediziner, der an Forschungsprojekten mit unter anderem dem „Centre Hospitalier“ und dem „Luxembourg Center for Systems

Biomedicine“ arbeitet, hat sich auf letztere Erkrankung spezialisiert.

Aktuell seien 12 Millionen Menschen von Parkinson betroffen, so der Experte. Die Tendenz zeige nach oben. Obschon dies auch an der zunehmend alternden Bevölkerung und an der besseren Erkennungsarbeit liege, können Umweltfaktoren eine Erkrankung noch wahrscheinlicher machen. Bestimmte Mittel, wie das Pestizid „Paraquat“, greifen so in die „Kraftwerke der Nervenzelle“ ein: „Die Zelle kann nicht mehr genug Energie produzieren und deren Funktion wird gestört“, erläutert der Mediziner. Zwar könne Parkinson in einigen Fällen vererbt werden, „Genetik allein erklärt aber nicht alles“, so Krüger. „In den meisten Fällen ist es auch nicht allein die Umwelt, sondern ein Zusammenspiel von Faktoren, das sich über viele Jahre entwickelt und die das Risiko erhöhen, dass das ‚System‘ der Nervenzelle überlastet wird.“ Gerade diese Umweltursachen könne man früher identifizieren und an ihnen „drehen und das Risiko verlangsamen“, meint der Experte. Bis zu 45 Prozent aller Demenzen könnten so verhindert werden.

Nicht nur Äpfel

Personen, die in ihrem Arbeitsalltag mit schädlichen Stoffen in Kontakt sind, können besonders von Parkinson betroffen sein, erklärt Krüger. Hier sei die Anerkennung von Parkinson als Berufskrankheit deshalb von enormer Wichtigkeit. Im französischen Nachbarland, wo dem Thema durch Lobbyarbeit von betroffenen Landwirt*innen vermehrt Aufmerksamkeit gewidmet wird, gilt Parkinson bereits seit 2012 als Berufskrankheit. Dort haben Studien die Verbindung zwischen Pestiziden und an Parkinson-erkrankten Landwirt*innen deutlich belegt. In Luxemburg sei eine solche Korrelation bislang nicht bestätigt worden: „Wir haben noch keine Untersuchungen zu spezifischen Arbeitsgruppen durchgeführt“, so Krüger gegenüber der woxx. Auch die Landwirtschaftskammer gibt auf Nachfrage der woxx an, dass ihnen keine Krankheitsfälle im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln bekannt seien.

Was gesprüht wird, kann später auch als Rückstand in den Böden, Gewässern oder in Pflanzen verbleiben und über die Nahrung eine Gefahr für alle darstellen. Analysen der Veterinär- und Lebensmittelverwaltung

Weiterer Omnibus für weniger Schutz

Vergangenen Dezember stellte die EU-Kommission ein weiteres „Omnibus-Paket“ vor. Der Vorschlag will die EU-Pestizidverordnung deregulieren, um Kosten bei den Erneuerungsverfahren einzusparen. In der Praxis würden Maßnahmen zur regelmäßigen Überprüfung abgeschafft, kritisiert die NGO „Pesticide Action Network“ (Pan Europe). Bisher muss eine Substanz erneut evaluiert werden, wenn ihre Zulassung abläuft. Laut dem Omnibus-Vorschlag könne diese Schwelle bei einigen Substanzen niedriger gesetzt werden, gar wegfallen: Nur die letzte EU-weite Studie soll für eine Zulassung in Betracht gezogen werden – sogar dann, wenn rezentere Studien neue Gesundheitsrisiken feststellen. Zudem sieht der Text längere Übergangsfristen für die Verwendung von toxischen Stoffen vor, sowie ein leichteren Einsatz von Drohnen für das Ausbringen von Pestiziden. „Würde der Vorschlag in seiner jetzigen Form angenommen, würde für Stoffe, für die kein Verlängerungsverfahren läuft, automatisch eine unbefristete Zulassung erteilt“, warnt Pan Europe. 49 Substanzen könnten demnach unbefristet zugelassen werden, „darunter bestimmte PFAS-Substanzen“ oder „Captan, das im Verdacht steht, krebserregend und für Wildtiere hochgiftig zu sein“, so eine Analyse der NGO „Générations futures“. In Zukunft könne es so schwieriger werden, bestimmte Produkte auf nationaler Ebene zu verbieten, sagt Roger Dammé vom Méco gegenüber der woxx. „Anstatt den Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu beschleunigen, verstärkt der Vorschlag die Abhängigkeit von Chemikalien und bindet die EU an ein pestizidlastiges Landwirtschaftsmodell, wodurch die Widerstandsfähigkeit der Agrarsysteme und die langfristige Ernährungssicherheit gefährdet werden“, kritisiert Pan Europe. Landwirtschaftsministerin Martine Hansen sieht die unbefristeten Zulassungen „kritisch“. In einer parlamentarischen Antwort gab sie vergangene Woche an, ihre Zweifel im EU-Rat mitgeteilt zu haben: Die Regierung könne den Vorschlag „stärker berücksichtigen“ wenn die „Möglichkeit einer Überprüfung der Zulassungen uneingeschränkt gewährleistet“ bliebe.

(Alva) zufolge sind rund die Hälfte der in Luxemburg erhältlichen Lebensmittel mit Pestizidrückständen belastet: 2022 enthielten knapp 54 Prozent der getesteten Proben keine Pestizidrückstände, im darauffolgenden Jahr waren es rund 52 Prozent. Während die Alva darauf verwies, dass nur drei Prozent die Rückstandshöchstgehalte überschritten und deshalb vom Markt entfernt werden mussten, zeigte sich der Méco kritischer und führte kurzerhand eine eigene, detailliertere, Analyse durch (woxx 1823, „Bio-Lebensmittel fünf-mal weniger belastet“).

Wie Landwirtschaftsministerin Martine Hansen gerne unterstreicht, deuten Rückstände nicht automatisch auf eine Gesundheitsgefährdung hin. Das Vorkommen allein könnte aber einen zusätzlichen Risikofaktor darstellen, so der Méco: „Aufgrund ihrer Auswirkungen auf unsere Gesundheit ist die Aufnahme von Pestiziden über die Nahrung besonders relevant. Umso wichtiger ist es daher, sicherzustellen, dass Lebensmittel nicht mit Rückständen giftiger Substanzen belastet sind“, so die Umweltschutz-NGO in ihrer eigenen Analyse zu den Rückständen. Auf dem Kolloquium, warnt Rejko Krüger: „Das Mittel Glyphosat wurde in einer Studie in 87 Prozent der getesteten Kinder aufgewiesen. Ob und welche Impakte dies haben wird, wissen wir jedoch nicht, denn das kann je nach Dosis und Individuum unterschiedlich sein.“

Gefährlicher in Kombination

Ein Faktor, der noch nicht ausgiebig erforscht wurde – und wovon die Umweltschutz-NGOs immer wieder warnen, ist der „Cocktail“ von Pestiziden. Einige Lebensmittel, so auch die berühmt-berüchtigten Luxemburger Äpfel, weisen zwar Pestizidrückstände unter den Grenzwerten auf, doch dafür sind sie gleich mit drei, fünf, gar sieben verschiedenen Mitteln belastet (woxx 1872, „Schneewittchen-Äpfel gefällig?“). Bei der Forschung zu dem Zusammenwirken der verschiedenen Pestizide mache die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) zwar schon erste Schritte, erklärt Krüger, doch: „Wir brauchen besser entwickelte Modelle, um mehr Experimente machen zu können, sowie eine unabhängige Auswertung der Ergebnisse.“ Bei zwei Pestiziden – Glyphosat und Paraquat – zeigten Studien jetzt schon „wie sich ihre negative Wirkung ge-



Wollen Sie mal genauer hinschauen? Ein Beamter kontrolliert Pestizidbehälter in den 1970er-Jahren. Seitdem weisen immer mehr Studien auf, dass der Kontakt mit Pestiziden im Arbeitsalltag das Risiko für Krankheiten wie Parkinson deutlich erhöhen kann.

genseitig stärkt und das Risiko für Parkinson erhöht wird“, so Krüger. In Luxemburg war Glyphosat zeitweise verboten, wird mittlerweile jedoch wieder eingesetzt, wenn auch in geringen Dosen: In der Saison 2022/2023 wurden landesweit rund 3,5 Tonnen Glyphosat eingesetzt.

Indessen „häufen sich die Beweise für inakzeptable Schäden an der Biodiversität und an den an vorderster Front tätigen Arbeitern“, kritisierten mehr als siebzig NGOs schon vor vier Jahren. In einem gemeinsamen Schreiben forderten sie mehr Transparenz beim Einsatz von Pestiziden und ein präventives Handeln: „Dieses System kommt nicht einmal den Landwirten selbst wirtschaftlich zugute, und Alternativen zur pestizidintensiven Landwirtschaft existieren und sind realisierbar.“ Wie der neue Bio-Plan der Regierung zeigt (woxx 1868, „Biologische Landwirtschaft: Zwischen Realismus und Rückschritt“), sind bislang weder ambitionierte Ziele noch eine stärkere Unterstützung von Landwirt*innen, Obstbauer*innen und Winzer*innen vorgesehen, um möglichst schnell den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern.

Ein Blick in die Angaben des Landwirtschaftsministeriums zeigt jedoch, dass sich die Landwirtschaft auf dem guten Weg befindet. So sieht der 2017 vorgestellte nationale Aktionsplan gegen Pestizide vor, bis 2030 die landesweite Nutzung um die Hälfte zu reduzieren. „Big Movers“ – besonders häufig benutzte oder gefährliche Pestizide – sollten vor 2025 um 30 Prozent reduziert werden. Obschon das Minis-

terium noch keine aktuellen Zahlen veröffentlicht hat, ist eine deutliche Verringerung der Pestizidnutzung zu erkennen: Wurden in der Saison 2011/2012 noch insgesamt 192 Tonnen eingesetzt, waren es 2023 nur noch 103 Tonnen. Der Einsatz der Big Movers ist von rund 37 Tonnen auf etwa 19 Tonnen gesunken. Im Obstbau werde fast die Hälfte der Flächen ohne Fungizide und Insektizide bewirtschaftet, unterstrich die CSV-Landwirtschaftsministerin diesen Monat zudem in einer parlamentarischen Antwort.

„Ist für mich keine Priorität“

Der Méco bleibt jedoch skeptisch: Auch wenn die Ziele des Aktionsplans erreicht werden sollten, bedeute dies nicht unbedingt ein gleichermaßen niedrigeres Risiko für die Umwelt und Tiere. „Es gibt Substanzen, wie Insektizide, die jetzt schon in kleinen Dosen gespritzt werden, doch deren Toxizität enorm hoch ist“, gibt Roger Dammé von der Umweltschutz-NGO an. Da Indikatoren wie die Toxizität oder die Nutzung der Pestizide in den verschiedenen Sektoren, nicht in den Zielen mit einbegriffen sind, „fällt viel Information weg, nur das totale Gewicht zählt“, bemängelt Dammé gegenüber der woxx.

Dammé erinnert daran, dass Martine Hansen im Gespräch mit dem Méco zur Förderung von Bioanbau klipp und klar geäußert habe: „Ist für mich keine Priorität“. So geht die Alva in ihren Studien zu den Pestizidrückständen in den Lebensmitteln weder auf die Unterschiede zwischen

Bio- und konventionell angebauten Lebensmitteln ein, noch darauf, wie viele Pestizide im Durchschnitt in den verschiedenen Lebensmitteln aufgefunden werden. Laut den Analysen des Méco wiesen bei den Proben von 2022 bloß 12 Prozent der getesteten Bio-Produkten Rückstände auf, gegenüber 61 Prozent bei Produkte aus konventionellem Anbau. „Luxemburgische Bio-Produkte sind die bessere Wahl“, so die NGO. „Doch nach dieser klaren Aussage sucht man im Bericht von Alva vergeblich.“

Auch bei der CSV-Gesundheitsministerin Martine Deprez gebe es laut dem Méco wenig Willen, um zusätzliche Maßnahmen einzuleiten. „Wir hatten kürzlich ein Gespräch mit der Ministerin und sind ziemlich enttäuscht“, sagt Dammé. Im Gegensatz zu den Schulkantinen, die regional angebaute und Bio-Produkte bevorzugten, sei eine solche Vorgehensweise in den Krankenhäusern noch nicht vorgesehen. „Wenn man bedenkt, dass Luxemburg tausende Krankenhausbetten hat, dann könnte man mit wenig Aufwand die Rate von Bio-Lebensmitteln erhöhen und viele Menschen davon profitieren lassen“, so Roger Dammé.

Derweilen stünden viele Bauern ohne wirkliche Alternative da, so der Gemüseanbauer Frank Adams. Erneut schätzt er sich glücklich: Als er vor drei Jahrzehnten mit seinem Gemüseanbau anfang, hing er „nicht vom Verkauf des Gemüses für meinen Lebensunterhalt ab“. Dieses Glück haben jedoch nicht alle.